

Thüringer Landtag • Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt

Herrn
Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Singerstraße 109
10179 Berlin

Per E-Mail an:
[REDACTED]@thuenstaat.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachrichten vom
#33524, 17.09.2018, 11.10.2018

Unser Zeichen, unsere Nachrichten vom
2417-3/2018-10/18, 26.09.2018, 11.10.2018, 11.12.2018

Bearbeiter
Herr Heyer

Telefon
(0361) 37 72071

Erfurt, den
30. Januar 2019

Antrag „Titel von Gutachten des Juristischen Dienstes [#33524]“

Ihr Widerspruch vom 11. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Semsrott,

Ihr Widerspruch vom 11. Oktober 2018 gegen den Bescheid des Thüringer Landtags vom selben Tage ist schriftlich am 15. Oktober 2018 bei der Poststelle des Thüringer Landtags eingegangen.

Nach eingehender Prüfung unter Beteiligung des Ältestenrats des Thüringer Landtags im Januar 2019 wird Ihrem Widerspruch stattgegeben; teilweise steht Ihr Anspruch jedoch unter einer aufschiebenden Bedingung. Der Bescheid vom 11. Oktober 2018 wird insoweit aufgehoben. Verwaltungskosten werden nicht erhoben.

a) Anliegend erhalten Sie aufgrund Ihres Anliegens vom 17. September 2018, das Sie per E-Mail an den Thüringer Landtag gerichtet haben, und Ihres Widerspruchs vom 11. Oktober 2018 aus den vorhandenen Aufzeichnungen die erbetene Übersicht über die Ausarbeitungen, die der Juristische Dienst bzw. Wissenschaftliche Dienst des Thüringer Landtags von 2008 bis zum 14. Oktober 2014 verfasst hat.

b) Soweit sich Ihr Anliegen auf den Zeitraum der laufenden 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags bezieht, die am 14. Oktober 2014 begann, unterliegt die Auskunftserteilung der aufschiebenden Bedingung in Form des von der Rechtsprechung anerkannten zeitlich befristeten Konkurrenzschutzes, sodass die Übermittlung der erbetenen Übersicht für diesen Zeitraum grundsätzlich erst nach dem Ende der Wahlperiode erfolgt, § 6 Abs. 9 Satz 1 ThürIFG.

Von diesem Grundsatz gibt es drei Ausnahmen:

Der Auftraggeber ist bereits aus dem Thüringer Landtag ausgeschieden oder der Auftraggeber hat seine Zustimmung zur vorzeitigen Weitergabe erteilt; eine diesbezügliche Abfrage bei den Auftraggebern wurde bereits veranlasst; ich komme insofern unaufgefordert auf Sie zurück.

Eine dritte Ausnahme besteht für den Zeitraum ab dem 1. April 2018, weil zu diesem Zeitpunkt die vom Präsidenten des Thüringer Landtags im Benehmen mit dem Vorstand des Thüringer Landtags erlassene Leitlinie über die Grundsätze des Wissenschaftlichen Dienstes des Thüringer Landtags in Kraft getreten ist und die Zugänglichkeit zu den Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes verbindlich regelt. Soweit die Voraussetzungen dieser Bestimmungen erfüllt sind, werden auch die Titel der Ausarbeitungen seit dem 1. April 2018 in der vorstehend genannten Übersicht aufgeführt.


Im Übrigen erhalten Sie nach dem Ende der 6. Wahlperiode eine vervollständigte Übersicht.

Die aufschiebende Bedingung geht zurück auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Juni 2015 mit dem Aktenzeichen BVerwG 7 C 1.14 und das Urteil des Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz vom 27. Juni 2018 mit dem Aktenzeichen 10 A 10053/18.OVG. Beide erkennen vor dem Hintergrund des Mandatsbezugs der gutachterlichen Tätigkeit von Parlamentsverwaltungen einen zeitlich befristeten Konkurrenzschutz an, der sich mit den vorstehend genannten Ausnahmen auf die laufende Wahlperiode des Parlaments erstreckt.

c) Ein weitergehender Anspruch nach dem Thüringer Umweltinformationsgesetz oder dem Verbraucherinformationsgesetz besteht nicht.

Ich gehe davon aus, dass Ihrem Anliegen damit entsprochen ist und sich Ihr Widerspruch erledigt hat.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Leitender Ministerialrat Dr. Poschmann
Stellvertretender Abteilungsleiter und Referatsleiter

Anlage:

Übersicht über die Ausarbeitungen des Juristischen Dienstes, Ausschussdienstes bzw. Wissenschaftlichen Dienstes der Verwaltung des Thüringer Landtags seit dem Jahr 2008

2009

Gutachten zu rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung einer Frauenquote bei der Wahl zu den Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen

8. April 2009

2011

Gutachten zur Frage, ob die Einführung einer Infrastrukturabgabe anstelle von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen verfassungsrechtlichen Bedenken entgegensteht

6. Januar 2011

Gutachten zur Frage, ob die Vorgehensweise des Vorsitzenden des Innenausschusses in der Sitzung des Innenausschusses am 03.12.2010 im Einklang mit der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags steht

22. Februar 2011

Gutachtlicher Vermerk zum Verfahren zur Benennung des Ausschussvorsitzenden eines neu zu schaffenden Fachausschusses

5. September 2011

Gutachtauftrag des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten über den verfassungsrechtlichen Schutz der Thüringer Abgeordneten im Hinblick auf Beschlagnahmen

30. September 2011

Gutachten zur Frage der Anwendbarkeit der im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Ministergesetzes vorgesehenen Regelungen auf Mitglieder der jetzigen Landesregierung, die in der fünften Wahlperiode erstmalig berufen werden

10. Oktober 2011

Gutachten zur Frage, ob die Landesregierung verpflichtet ist, Gesetzesvorlagen zu begründen, insbesondere die zu erwartenden Kosten auszuweisen

15. November 2011

Übersicht über die Ausarbeitungen des Juristischen Dienstes, Ausschussdienstes bzw. Wissenschaftlichen Dienstes des Thüringer Landtags seit dem Jahr 2008

Gutachtliche Stellungnahme zur Möglichkeit einer Überführung der §§ 5, 8, 13 und 16 des Gesetzentwurfs in Drucksache 5/2990 in einen eigenständigen Gesetzentwurf und abschließenden Beratung

5. Dezember 2011

Gutachtliche Stellungnahme zur Verwendung des Aufkommens aus der Abwasserabgabe für eine anteilige Finanzierung des Sondervermögens „Verbesserung wasserwirtschaftlicher Strukturen“

13. Dezember 2011

Gutachten zum Umfang des Rechts der Mitglieder des Innenausschusses, von der Landesregierung Auskünfte zum Beratungsgegenstand zu erhalten

15. Dezember 2011

2012

Vermerk zur Gutachtenbitte eines Mitglieds des Landtags betreffend Erfüllung der Versicherungspflicht nach § 2 Abs. 5 Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren

16. Mai 2012

Gutachten zu Artikel 24 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen

25. Juli 2012

Gutachtliche Stellungnahme zur Überschneidung des Themas einer Aktuellen Stunde mit anderen Tagesordnungspunkten der laufenden Sitzungswoche

10. September 2012

Gutachtliche Stellungnahme zu den fachlichen Mindestanforderungen für die Ausübung der Funktion des Ausschussvorsitzenden

27. September 2012

Gutachten zu § 12 Abs. 3 Thüringer Ladenöffnungsgesetz und dem Entwurf der Thüringer Verordnung zur Regelung von Ausnahmen zur Einschränkung von Samstagsarbeit nach dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz

13. November 2012

Gutachterliche Stellungnahme zur Einschränkung des parlamentarischen Fragerechts
17. Dezember 2012

2013

Gutachten zur Rechtsstellung des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz
25. Januar 2013

Gutachtliche Stellungnahme zur Frage des Ermessens einer Gemeinde für eine Grundstücksveräußerung unter Verkehrswert nach Ablauf der Antragsfrist für eine Rückübertragung
29. Mai 2013

Gutachterliche Stellungnahme zum Umfang des behördlichen Auskunftsrechts von Abgeordneten
12. August 2013

Gutachterliche Stellungnahme zu der Entscheidung des Innenausschusses vom 14. Juni 2013, den Änderungsantrag [einer Fraktion] zur Änderung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 5/6118 – nicht in das beschlossene Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf einzubeziehen.
2. September 2013

Gutachtliche Stellungnahme zu der Frage der Zuständigkeit des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit oder der Thüringer Polizei für die Herstellung des datenschutzgerechten Zustands in dem Objekt Immelborn
16. Dezember 2013

Gutachtliche Stellungnahme zur Frage eines Nachtragshaushalts für ungeplante zusätzliche Ausgaben für die Jahre 2014 und 2015 zugunsten Thüringer Kommunen
18. Dezember 2013

2014

Gutachtliche Stellungnahme zu Fragen einer Sicherheitsüberprüfung von Abgeordneten und Fraktionsmitarbeitern
14. März 2014

Gutachten zur Verwendung von Minderausgaben gegenüber dem Haushaltsansatz im Haushaltsjahr 2013

28. April 2014

Gutachten zur Wirkung von Rechtsnormen der Europäischen Union in den Thüringer Kommunen

21. Mai 2014

Gutachterliche Stellungnahme zu Verhaltens- und Alimentationsregelungen bezüglich einer zeitgleichen Tätigkeit als Minister und Abgeordneter

22. September 2014

14. Oktober 2014 bis 31. März 2018

[vgl. Hinweise im Schreiben]

Seit 1. April 2018

Gutachterliche Stellungnahme zu der Frage, was das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017 (Az.: 61/16) im Normenkontrollverfahren zum Vorschaltgesetz für die Arbeit des Thüringer Landtags - insbesondere die Beratung von Gesetzentwürfen - in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht bedeutet

5. Juni 2018

Gutachterliche Stellungnahme zu Fragen der Verfassungsmäßigkeit des im Entwurf von der Landesregierung eingebrachten Thüringer Gesetzes über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ (Thüringer Grünes-Band-Gesetz -ThürGBG-, Drs. 6/4464) und zu der Frage, wie das weitere Gesetzgebungsverfahren einschließlich der Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes rechtskonform auszugestalten ist

23. Juli 2018

Ergänzende Gutachterliche Stellungnahme hinsichtlich der Anforderungen an die Bestimmtheit der Schutzgebietsabgrenzung zum Gutachten in Vorlagen 6/4520/4442 zu Fragen der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs für ein Thüringer Grünes-Band-Gesetz

15. Oktober 2018

Gutachterliche Stellungnahme zu den Fragen, ob

I. der durch die Ausschussvorsitzende im Vorfeld erfolgten Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung einer außerplanmäßigen Ausschusssitzung um einen Beratungsgegenstand, zu dem die Beschlussfassung über die Durchführung einer ergänzenden Anhörung in Bezug auf einen Änderungsantrag vorgesehen ist, sowie der einen Tag vor dem geplanten Sitzungstermin übermittelten Neufassung der Einladung,

II. der Beschlussfassung über die Durchführung einer ergänzenden Anhörung der kommunalen Spitzenverbände in Bezug auf einen Änderungsantrag, während ein zur Ursprungsvorlage beschlossenes Anhörungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstehen

03.12.2018

Gutachterliche Stellungnahme zu der Frage, inwieweit aus verfassungsrechtlicher Sicht der Gesetzgeber in dem laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGNNGG 2019-E) an das Ergebnis eines parallel laufenden Verfahrens nach dem ThürEBBG gebunden ist

05.12.2018

Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten
nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Abteilung: Abteilung A
Referat: A 1

Kontakt:

Telefon (0361) 37 700
Fax (0361) 37 72016
E-Mail poststelle@landtag.thueringen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:
Rolf Bräutigam
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Kontakt:
Telefon (0361) 37 72050
Fax (0361) 37 71050
E-Mail dsb@landtag.thueringen.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Bearbeitung des Widerspruchs zum Antrag nach § 4 Abs. 1 Thüringer Informationsfreiheitsgesetz, § 3 Abs. 1 Thüringer Umweltinformationsgesetz und § 1 Verbraucherinformationsgesetz

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern
(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen: Referate A 1, B 2, B 4

Auftragsverarbeiter: _____

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): _____

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation
(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt: ja nein

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer
(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer der behördlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und -fristen nach der Richtlinie über die Aufbewahrung von Schriftgut in der Verwaltung des Freistaats Thüringen (Ziffer 4.3) und dem Thüringer Archivgesetz.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung
(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

1. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

2. Wenn unter 1. „ja“ angekreuzt wurde:

Folgende Logik liegt der automatisierten Einzelentscheidung zugrunde:

Die Verarbeitung hat folgende Auswirkung auf die betroffene Person (Tragweite schildern):

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden ja nein